

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 täglich erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Anzeigenspalte ob. deren Raum 10 Goldspennige...

Donnerstag, 18. September 1924

Verlagspreis: Bei wöchentlich 5maligem Erscheinen monatlich 3,25 M.

Reichsbanner nimmt Unternehmern Geld.

Ein vertrauliches Rundschreiben an die Berliner Kapitalisten.

Die Verbrechen der korruptierten SPD-Führerschaft steigen ins Unermessenste. Alle machen sie Propaganda für den Bund „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“...

Eine faschistische Unternehmerranggruppe, die schamlos wie jede gelbe Gewerkschaft, genau so wie jede Stahlhelm- und Wiking-Organisation sich von Unternehmern unterhalten läst...

Wir sind in der Lage, heute einen unwiderleglichen Beweis dafür zu erbringen, dab die Organisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ um Unternehmern Gelder gesammelt hat...

Reichsbanner Schwarz-rot-gold.

Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e. V.

Gauborstand Berlin-Brandenburg.

Postcheckkonto: Berlin NW. 7 Nr. 45 625 — Fernspr. Nr. 5275.

Geschäftsstelle: Berlin S. 2, Kaiser-Wilhelmstraße 46 III.

Berlin, den 5. August 1924.

Sehr geehrter Herr!

Innerhalb ganz kurzer Zeit ist in dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der deutschen Republik eine starke Organisation entstanden...

Was bedeutet Schwarz-rot-gelb?

Als vor 80 Jahren die erwachende Bourgeoisie aus dem über 100 deutschen Reichstaaten zum erstenmal versuchte, ein geeintes Deutschland zu schaffen...

Jahre und Jahrzehnte sind vergangen, Königs- und Furstenkrone sind in den Sand gekollt, Millionen von Proleten sind auf den Schlachtfeldern der Kriege verblutet...

Was ist geschehen? Die Bourgeoisie vollzieht ihren Aufmarsch gegen das Proletariat. Unter dem Banner Schwarz-rot-gelb...

„Die Republik ist in Gefahr!“ die Republik, die einen Scheidemann, einen Noske, einen Heinert, einen Horling in ihre wichtigsten Verwaltungsstellen gehoben hat...

Wer soll sie verteidigen? Dieses zusammengesetzte gekuhhandelte Gebilde, von dem der Führer einer ihrer führenden Parteien, der Volksparteiler Reinbaben erklärt...

Gegen wen? Gegen den äußeren und inneren Feind! Wer ist der äußere Feind?

Ist es Frankreich, mit dem wir durch den Stinnes-Lubbersack-Vertrag, durch die Locarno-Verträge, durch die Untin-Verträge die freundschaftlichsten Geschäfte machen...

Ist es Tschechien, das über Frankreich — einer unserer Schutzherrn geworden ist, ist es Ungarn, wo die Schwarz-rot-gelben willkommenen Gäste sind...

Sie alle haben nur einen Feind, sie haben vereint, sie verraten vereint Sowjet-Rußland

Wer ist der innere Feind? Ist es Hitler, der Deutschland nach allen Regeln seiner Kunst ansticht und ladert, sind es seine Geldgeber...

Sind es die Marx, Wich und Stegerwald, die mit den Korruptionsmannern des Zentrums, belannt durch den Rodner Skandal...

Sind es die Stresemann, die Schuler und die Stummesmeute, die sich „Stoß“ zu Schwarz-rot-gelb bekennen...

Sind es die „aufrechten“ Demokraten, die nach dem Tode ihres Rathenau auch letzten einzigen neuen Kopf aufbringen...

Oder sind es die Sozialfaschisten, unsere Roskopartei, die seit Jahren längst vorüber, wo Sozialdemokraten verfolgt, gequält, eingesperrt, erschlagen wurden!

Wie jahm, wie bran ist die Partei geworden! Rein Wunder, die

Angriffe auf die Republik zuzuwenden, als auch die geistigen Krankheiten unserer Zeit, wie Kommunismus, Antisemitismus und nationalstuchiger Chauvinismus zu bekämpfen...

Diesem Zweck sollen die am kommenden Sonntag, den 10. August überall veranstalteten Verfassungsfeiern, vornehmlich die weienollte Veranstaltung im Großen Schauspielhaus, dienen.

In der Hoffnung, bei Ihnen keine Fehlbildung gefast zu haben, zeichnen wir

mit republikanischer Grüß! Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gau Berlin-Brandenburg

Als sein Programm erklärt also hier „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, dab er die „geistige Krankheit“ des Kommunismus mit Unternehmern bekämpfen wolle...

Das ist das wahre Gesicht des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Zwillingbruders des Stahlhelms.

Der chinesische Krieg.

Die Meinungen der bürgerlichen Zeitungsagenturen über die Lage in China sind abfuhllich untergehalt. Jedenfalls scheint die nationale Bewegung durch die Interventionen...

Das russische Rote Kreuz hat durch seinen Vertreter in China, Katschan, 20.000 Rubel für die durch die Ueberflutung Betroffenen überreichen lassen.

Der englisch-russische Vertrag.

Vor Neuwahlen in England.

Nichts beleuchtet besser den Unterschied zwischen den Erfolgen sozialdemokratischer und bolschewistischer Politik, als das Dawesgutachten und der russisch-englische Vertrag.

Obwohl versucht die deutsche Sozialdemokratie gelegentlich den russisch-englischen Vertrag als eine Kapitulation Sowjetrußlands vor England darzustellen...

Noch steht nicht fest, ob es zum Sturze Macdonalds und zu Neuwahlen kommen wird. Aber das eine ist sicher:

Die Arbeiter Englands werden nicht zulassen, dab ihre Bourgeoisie eine neue Blockade über Sowjetrußland verhängt.

Die schlesische Zuchthausmach.

Wir berichteten schon über das skandalöse Vorgehen der Breslauer Gefängnisverwaltung gegenüber unseren Genossen Kadlewsky und Biebring.

Wir sind heute in der Lage, Einzelheiten über die schwachvolle Behandlung unserer Genossen zu bringen.

Genosse Kadlewsky hatte Gelegenheit zu sehen, wie ein Gefangener mißhandelt wurde. Er wandte sich, erregt über diese Art der Gefangenenbehandlung, an den Wärter und es kam zu einem scharfen Wortwechsel.

Weil Genosse Kadlewsky wagte, das ungeheuerliche Benehmen des Wärters zu geisteln, wurde er durch den Untersuchungsrichter zu 5 Tagen Arrest hinter Gittern bei Wasser und Brot, verurteilt.

Die Verben des Genossen stehen vor dem Zusammenbruch und nach Verbuhung des Arrestes ist er vollkommen zusammengelappt.

Der Genosse Biebring sollte ebenfalls drei Tage in strengen Arrest kommen, weil er mit einem Wärter in Wortstreit geriet.

Dreiwertel Jahre Haft und Hungerstreik haben den Mut des Genossen Biebring nicht gebrochen. Doch leiden auch seine Kerren.

Die besten proletarischen Kämpfer sollen in der Republik durch endlose Haft, Strafen, schlechte Behandlung auf falkem Wege erledigt werden.

Keine Schmach wird ungefuhnt bleiben.

Die Streiks in Frankreich. Die Bauarbeiter in Paris trafen wegen Lohnunterschieden, in Lizza die Monteur und Elektriker zur Unterstützung des Bauarbeiterkampfes in den Streik.

Streiks in England. Die streikenden Transportarbeiter Londons haben in einer allgemeinen Streikversammlung beschlossen, die Einigungsbedingungen abzulehnen und den Kampf mit ruckichtsloser Scharf fortzusetzen.

Wer Kerfertore sprengen will, wählt RPD.

Proleten in ihr kann man mit der Laterne suchen, und die Kleinbürgerlichen Elemente, die kleinen Geschäftleute, Händler, Agenten, Gewerbetreibende, Intellektuelle usw., die wieder ihre Reihen aufgefüllt haben, sie denken nicht an Kampf. Für ihre Führer ist die soziale Frage — gelöst. Und ihr Dankhymnus dafür ist: Deutschland, Deutschland über alles.

Der innere Feind: das sind die Kommunisten. Reichsbannerleute!

Was haben wir Euch zu sagen? Wir wissen, daß man einen Menschen nicht von heute auf morgen überreden und überzeugen kann. Wir wissen, daß der Kommunismus sich nur auf Kämpfer stützen kann, die jahrelang geschult und gefestigt wurden in einer harten und eiserernen Disziplin.

Aber wir fordern Euch auf: Hallet die Augen auf, erkennt die Bedeutung, wenn Stahlhelmorganisationen geschlossen zu Euch übertraten, erkennt die Bedeutung, wenn die Schupo die Reichsbannerjungenorganisationen, die die „Freiheit“ haben, am Verfassungstage für Lenin und gegen Ebert zu stimmen, wiederholte, erkennt die Bedeutung, wenn Ihr zum Kampfe gegen Streikende mobilisiert werdet, erkennt das und zieht die Konsequenzen!

Folgt dem Beispiel Eurer Parteigenossen, die angeführt der Rosa-Luxemburg die Reihen führten. Steht Euch weg vom Gebirgsarbeiter, stellt Euch unter die Fahne Lenins, unter die Fahne der Revolution!

Die SPD-Bezirksleitung Oberschlesien und die Georgische Regierung.

Die SPD-Bezirksleitung Oberschlesien und die Georgische Regierung gleichen einander wie ein Ei dem andern. Sie beide sind Regierungen ohne Untertanen. Sie mühten vor ihren eigenen Anhängern trotz aller gegenseitigen Liebe, die Pflicht zu erfüllen. Sie beide sitzen im Ausland, die Georgische Regierung in Paris, die ober-schlesische in Breslau, und weinen bittere Tränen über ihre Verbannung aus dem Lande, in dem Petroleum fließt und Kohle ruht, Petroleum in Georgien und Kohle in Oberschlesien.

In G e o r g i e n ist von den Menschewisten und den Sozialrevolutionären nichts übrig geblieben, außer Ententegeldern und Ententekanonnen, emigen Adligen und einigen Spionen. Das Petroleum fließt bei den Menschewisten in Georgien, die Demokratie wanderte aus nach Paris zu Herriot. Die georgischen Arbeiter und Bauern sind mit dem Lärm sehr zufrieden.

In O b e r s c h l e s i e n gab es bis vor kurzem noch Tausende Sozialdemokraten. Auch diese sind jetzt in Hindenburg zu den Kommunisten gestoßen. Die SPD-Bezirksleitung Oberschlesien siebte über zu Wache nach Breslau, der sie liebevoll an sein verfehltes Herz drückte. Er hatte sie ja 6 Jahre lang mit Orgehrufen und Orgehrufen reichlich versorgt. Er hatte ihnen im Kampfe gegen die polnischen Rummels und deutschen Kommunisten reichlich geholfen. Nun wollen sie beide vereint von Breslau aus Oberschlesien zurückerobern.

Die Sozialdemokraten haben in Paris und Breslau zu diesem Zwecke dieselbe Grammophonwalze aufgezogen. Sie erklären kurzerhand: das georgische und das ober-schlesische Volk lehnen sich nach der Betreibung vom hochbewährlichen Joch.

Sie machten in Georgien einen Aufstand und bekamen zwar kein Petroleum, sondern Keile. Trotz der Sehnucht des georgischen „Volkes“ nach sozialdemokratischer Demokratie.

In O b e r s c h l e s i e n beschränken sie sich auf Druck-erzeugnisse und Lügen. So erzählt die „Volkswacht“: Es seien keine 18 Ortsgruppen zu uns übergetreten, sondern nur einzelne rekrutierten Sozialdemokraten. Nun, Tausende von Sozialdemokraten können in Oberschlesien zu uns nicht übertraten, denn — soviel gibt es im ganzen Lande nicht, 800 sozialdemokratische Arbeiter sind zu uns gestoßen. Viel mehr sind in Oberschlesien nicht da.

Die Kälte nimmt sich der Schwindel der sozialdemokratischen Bezirksleitung aus, die die Heimat verlassen mußte, wahrscheinlich weil sie zu viel Anhänger in Oberschlesien hat. Aber lassen wir den Deuten die letzte kleine Freude des Selbstbetrugs. Die Arbeiter und Leinen Bauern Oberschlesiens werden ihnen am 21. September die Antwort geben.

Die Wahrheit über Georgien.

Die georgischen Konterrevolutionäre gefehen ihre Verbrechen ein.

Genau vor einer Woche veröffentlichte die „Rote Fahne“ einen kurzen telegraphischen Auszug aus der Erklärung des sogenannten „Unabhängigkeitskomitees“. Dies Dokument des Zusammenbruchs und der Revolution vor den Arbeitern und Bauern Georgiens, die der tendenziös-menschewistisch-imperialistischen Allianz in 24 Stunden das Handwerk gelegt haben — dies Dokument wurde am 5. September in den Säulern zu Tiflis veröffentlicht. Dies Dokument, das sich ebenfalls an Sowjetrusslands „Beichte“ reißt, hat folgenden Wortlaut:

„Das Komitee des Unabhängigen Georgiens hat seit dem Tage seiner Bildung sich die Wiederherstellung des Unabhängigen Georgiens zum Ziel gesetzt, und war über, daß es zu diesem Zwecke den bewaffneten Aufstand der georgischen Nation vorbereiten und durchzuführen konnte. Zu diesem Zwecke hat das Komitee der Unabhängigkeit durch die in ihm vertretenen Parteien während einer Reihe von Jahren die entsprechende Arbeit durchgeführt und bewaffnete Abteilungen gebildet. Und als Resultat haben wir die Niederlage erlitten. Der organisierte Massenaufruch, mit dem wir rechneten, ist nicht zustande gekommen. Die breiten Massen der Bevölkerung haben uns nicht unterstützt.“

Indem das Komitee der Unabhängigkeit die Vorbereitung dieses Aufstandes als Fehler zugibt, erklärt es, daß von dem heutigen Tage an für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes mit der Sowjetmacht jede Perspektive fehlt, und daß ein solcher den Übergang für die georgische Nation bedeuten würde. Darum schlägt das Komitee der Unabhängigen allen Parteien, die ihm angehören und auch allen bewaffneten Kräften, welche in verschiedenen Teilen Georgiens existieren, vor, sofort auf das Aufheben gegen die Staatsmacht zu verzichten, sofort alle bewaffneten Kräfte zu demobilisieren, den Staatsorganen die Waffen auszuliefern und durch die Kapitulation das große Unglück

das unser Auftreten auf die georgische Bevölkerung gewährt, zu vermindern. Von heute ab erklären wir das Komitee der Unabhängigkeit für aufgelöst sowohl zentral als auch lokal.

Vorsitzender des Komitees der Unabhängigkeit: A. Anbroniakowitsch. Sekretär: J. Dschawachawitsch. Mitglieber: W. Botschorowitsch. Mitglied des Zentralkomitees der georgischen Sozialdemokraten: Djanoria; Mitglied des ZK der georgischen Volksdemokraten: Jschweli.

Rein Geld und keinen Posten.

Der arme Reinert!

Noch vor 2 Monaten ging die Sozialdemokratie mit Reinert durch die Straßen, als er als echter „Demokrat“ durch Schupo und Krim die kommunistischen Abgeordneten in ihrem Fraktionszimmer im Landtag überfallen und gewalttätig die Räume durchwühlte. Jetzt erst, nach dem ungeheuren Korruptionsandal, läßt die SPD Reinert fallen. Innenminister Sebring hat den hannoverschen Regierungspräsidenten angewiesen, den Vertrag Hannovers mit Reinert zu beanstanden. Der arme Reinert soll also nicht nur um den Bürgermeisterei-posten kommen, den er für 22.000 Mark verkauft hat, sondern auch um die 22.000 Mark. Ja, ja! Undank ist der Welt Lohn.

Jetzt, wo die Trauben so hoch gerutscht sind, daß sie Reinert nicht mehr erreichen kann, erklärt er die Trauben für zu teuer und will „freiwillig“ auf sie verzichten. Was die „Volkswacht“ begehrt von solchem Edelmut, kommentarlos ihren Lesern mitteilt.

Kommunistische Wahlsiege.

Sollagen, 18. September.

Bei den Krankenassenwahlen in Wald erhielt die Freie Gewerkschaftsopposition 1114 Stimmen und 26 Sitze, der ADGB 355 Stimmen und 8 Sitze, die Christen 270 Stimmen und 6 Sitze. Bei den Krankenassenwahlen in Ohligsbach war folgendes Ergebnis: Opposition 1256 Stimmen, 23 Sitze; Christen 577 Stimmen, 10 Sitze; ADGB 359 Stimmen, 7 Sitze.

Jena, 16. September.

Am Sonntag, den 14. d. Mts., fanden in zwei Orten Neuwahlen der Gemeindevertretungen statt. Die Wahlen brachten den Thüringischen Regierungsparteien eine schwere Schlappe. Die Kommunistische Partei hat in beiden Orten ihre Stimmenzahl erheblich vergrößert, während die anderen Parteien verloren haben.

In Schwarzwalde waren 9 Vertreter zu wählen und es erhielten Stimmen: KPD 364, Bürgerliche 83, Waldarbeiter 61, „Bereinigte“ Arbeiterpartei (BSPD) 71, ungenügend 1. Es wurden somit folgende Kandidaten gewählt: KPD 6, Bürgerliche 1, Waldarbeiter 1, Bereinigte Arbeiterpartei (BSPD) 1, zusammen 9.

In Stuhlsdorf ergab sich folgendes Wahlergebnis: KPD 135 Stimmen, SPD 158 Stimmen, Bürgerliche 120 Stimmen. Somit wurden von den Kandidaten gewählt: KPD 2, BSPD 3, Bürgerliche 2, zusammen 7.

Bereitigung der Militärkontrolle.

Während die Kriegsvorbereitungen in den Entente-Ländern täglich wachsen, wird die Militärkontrolle Deutschlands vorwiegend. Der Völkbund das Ideal der SPD, hat in seiner letzten Sitzung in Genf beschlossen, die Militärkontrolle Deutschlands dauernd zu gestalten. Der Eintritt Deutschlands in den Völkbund und die Aufzögerung Englands an die deutsche Regierung, hat zu vollziehen, hat nur den Zweck, diese Kontrolle zu sanktionieren.

Hochverräter Ceiffer als Chef der bahr. Landespolizei.

Derselbe Staatsgerichtshof, der jetzt 11 Oberster Arbeiter zu 77 Jahren Zuchthaus verurteilt hat, hat sich bekanntlich mit dem Fall des Polizeiobersten von Ceiffer beschäftigt. Nicht etwa, daß er Ceiffer wegen Amtsverbrechen und Hochverrat unter Anklage gestellt hätte. Bewahr! Der Staatsgerichtshof ist nur für Kommunisten da. Rein. Dieser Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik befaßt sich mit einer Beschwerde des Obersten von Ceiffer, der auf Beschluß des Bayerischen Landtages seines Postens enthoben war.

Das Unglück wurde möglicherweise Ceiffer wurde auf Beschluß des Staatsgerichtshofes wieder in Amt und Würden gebracht, so daß er heute in seinem alten Amte auf neue einen schicksaligen Staatsrat organisierten kann. Die Sozialdemokratie muß nicht!

Kleine Nachrichten.

Matz und Stresemann sind wieder in Urlaub gefahren, was angeordnet ist, als sich mit den Partikularitäten und Sozialdemokraten darüber herumzuzerlegen, ob man besser als deutscher Mann die Kriegsschuld Deutschlands vor der Entente bekennt oder sie im westlichen Westen für sich behält.

Der Reichstag wird vor dem 15. Oktober nicht einberufen werden. Ein humanitäre Handgelenkzerrung soll nach bürgerlichen Schatzel-erzeugungen im Hause eines baltischen Kommunisten angeordnet werden sein.

Die Italiener bereiten einen Krieg gegen Ägypten vor. Sie haben die Ormuz weiter vorgeschoben und im Einvernehmen mit Macdonalds Truppen und Flugzeuge an der Grenze zusammengezogen.

Ein Baderstreik in Warschau ist vor zwei Tagen ausgebrochen. Die Streikführer wurden verhaftet.

Schweineereien im Zentrum.

Der Zentrumsminister Hermes bekam Wein zu 3 Mark die Flasche, die im Handel über 15 Mark kostet; das ist natürlich keine Befehdung.

Der Zentrumsminister Dr. Heim ist im württembergischen Fuchsmachens-Spielprojekt mit Befehdungen geschmeichelt worden.

Der Zentrumsminister Commerzienrat Rißner, eine Kapitalistenhölle hat um 200.000 Mark ein Reichstagsmandat von der Zentrumsparlei gekauft.

Die Arbeitslosenziffer steigt.

In der Zeit vom 15. August bis zum 1. September ist im unbesetzten deutschen Gebiet die Zahl der unterstellten Volkserwerbstätigen von 357.000 auf 371.000, die Zahl der Zuschlagsempfänger — unterstellungsberechtigten Angehörigen Volkserwerbstätiger — von 422.000 auf 436.000 gestiegen.

Wenn man bedenkt, daß die Zahl derjenigen Erwerbstätigen, die keine Unterstützung beziehen, zwei bis dreimal so groß ist als die der Unterstützungsberechtigten, daß die Zahl der Unterstellten stärker anwächst als die der Unterstützten, wenn man ferner die Kurzarbeiter hinzurechnet, so wird erst das Bild ungeheurer Missetat in der deutschen Proletariat untergeht. Rein Dawes wird das Proletariat befreien, wenn es sich nicht selbst befreit.

Resolution des Bezirksparteitages zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei.

Einmütig angenommen.

In der Einschätzung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Situation schließt sich der Parteitag des Bezirks Schlesien der SPD, vollkommen der Analyse und den Beschlüssen des 5. Weltkongresses der Komintern an. Der Parteitag unterstreicht ausdrücklich noch einmal die Feststellung des Kongresses, daß der Kapitalismus sich nach wie vor in unablässiger Linie bewegt, und daß die internationale Bourgeoisie nicht in der Lage ist, die ökonomischen Krisen und die aus ihr entspringenden imperialistischen Konflikte zu überwinden.

Die demokratisch-pazifistische Aera, die augenblicklich im Zusammenhang mit der Weltlage vorherrschend ist und die politisch in der Bildung von Arbeiterregierungen ihren Ausdruck findet, kann nur als eine vorübergehende Epoche betrachtet werden, die sehr bald von einer neuen offenen reaktionären Periode abgelöst wird. Die Rolle der sogenannten Arbeiterregierungen, die in Herriot und Macdonald ihre Repräsentanten finden, wird am besten charakterisiert durch das Verhältnis, in dem diese pazifistischen Regierungen zum Proletariat des eigenen Landes und den rebellierenden Völkern in den Kolonien stehen, die sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die imperialistischen Mächte Westeuropas und Amerikas zu wehren beginnen. Die Kolonialkriege, die von diesen Mächten angezettelt werden und die militärischen Interventionen gegen die aufständischen Kolonialvölker sind ein Beispiel für die praktische Politik dieser Regierungen. Noch besser werden die Regierungen charakterisiert durch die militärischen Beistellungen in ihren Ländern. Während Herriot und Macdonald in ihren Parlamenten und in den beschriebenen Lagungen von der Notwendigkeit der militärischen Abrüstungen reden, bereiten ihre Kriegsminister und Generäle im Einverständnis mit den pazifistischen Heuchlern die neuen gewalttätigen Auswärtigen vor. Die letzte Völkervereinigung hat den besten Beweis geliefert, daß die internationale Bourgeoisie mit Einschluß der Pazifisten nicht in der Lage sind, die Frage der Abrüstungen praktisch durchzuführen. Gelingen ihre Verschwörungspläne gegen die Kolonialvölker und gegen Deutschland, so wird sich ihr nächster Schlag gegen Sowjetrußland richten, das die national-revolutionären Kräfte der Kolonien unterstützt. Deshalb ist die aktive Unterstützung Sowjetrußlands eine besondere Aufgabe des Proletariats.

Mit der Unterzeichnung des Sachverständigen-gutachten und des Londoner Paktes durch die deutsche Regierung, ist Deutschland endgültig aus der Reihe selbständiger Staaten ausgeschieden und hat sich freiwillig zu einer Kolonie des Industrie- und Finanzkapitals degradiert. Die deutsche Regierung und mit ihr die SPD, die dem Londoner Pakt ihre Zustimmung gegeben, haben praktisch die Rolle des Polizeibüchsele in Deutschland übernommen und sich verpflichtet, für die Eintreibung der schweren Belastungen der breiten Massen einzutreten. Die faschistischen Organisationen mit Einschluß der Schwarz-rot-goldenen Faschisten sind neben dem legalen Staatsapparat die Mittel, mit denen die gewalttätige Eintreibung der Schuldenlast durchgeführt werden soll.

Der Dawesplan, das neueste Ideal der 2. Internationale und besonders der deutschen SPD, wird keine Lösung der großen Krisen bringen. In der Erkenntnis dieser Lage stellt die SPD, dem sogenannten Rettungsprogramm der Bourgeoisie das Rettungsprogramm der SPD gegenüber, indem sie den Arbeitern in aller Offenheit den Weg der Eroberung der politischen Macht als einzigen aus dieser chaotischen Lage weist. Die Zerstörung der demokratischen Institutionen der Arbeiterklasse ist im Augenblick eine der Hauptaufgaben der SPD.

Die Frage, wie lange der Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse noch vegetieren wird, hängt davon ab, welche Rolle die Arbeiterklasse und insbesondere die KP, in der Entwicklung des Prozesses einnehmen wird. Es muß im Anschluß an die Beschlüsse des 5. Kongresses der Komintern an die praktische Durchführung der breiten Massen der Proletariats, die äußere und innere Festigung der KP, sind die Voraussetzungen für den Sieg des Proletariats. Aus diesen Gründen begrüßt es der Parteitag, daß der 5. Weltkongreß allen Sektionen der Komintern und insbesondere der SPD, Kontre die Aufgaben zugewiesen hat, die sie auf Grund der gegebenen Situation durchzuführen haben.

Der Parteitag begrüßt außerordentlich den Beschluß und insbesondere die feste Haltung der Parteizentrale des 5. Kongresses der Komintern zur Gewerkschaftsfrage in dieser Frage und spricht ihr für die Zukunft die vollste Unterstützung aus, im Kampfe gegen alle Elemente, die die Kongreßbeschlüsse sabotieren oder individuell auszulegen versuchen. Die Eroberung der Gewerkschaft zum Zwecke der Mobilisierung der breiten Massen und den Weg, den die Kongreßbeschlüsse zur Erreichung dieses Zieles aufgezeigt haben, erkennt der Parteitag als den einzigen richtigen an. Der Parteitag verlangt auch von der Bezirksleitung Schlesien, daß sie sich mit aller Macht für die Durchführung der Kongreßbeschlüsse im allgemeinen und insbesondere für den Eintritt der Kommunisten in die freien Gewerkschaften mit aller Macht einsetzt und die Widerstände mit harter Hand beseitigt.

Jagt diese schwarzen korrupten Helden zum Teufel!

Stimmt für die Kommunisten!

Sonabend, den 20. September, abends punkt 7 Uhr Ortszeitung im Büro.

Montag, 22. Sept., abends 7.30 Uhr, Grünstraße 14/16

Funktionär-Verammlung.

Tagordnung: Die Durchführung der Beschlüsse vom Bezirksparteitag.

Welchen müssen: Alle Zellenabläufe, alle Zellenleiter, Parteifunktionäre wie Stadtverordnete und Gewerkschaftsleiter, sämtliche Betriebsräte und sonstige Gewerkschaftsfunktionäre. Alle Wankliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Platz dem Arbeiter.

Unter diesem Titel veranstaltet die Ortsgruppe Breslau der Kommunistischen Partei

zwei proletarische Kunstabende.

Arthur Wiesner, der bekannte proletarische Schauspieler und Sprachkünstler, wird das Beste und Neueste aus der republikanischen Parteiliteratur zu Gehör bringen. Er wird Werke von Barthelemy, Karel, Williams, Du Maris registrieren. Alle Genossen, die Gelegenheit haben, Wiesner kürzlich im Gewerkschaftshaus zu hören, wissen, daß diese Abende für jeden Klassenbewußten Proletarier ein Erlebnis sein werden.

Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, müssen alle Genossen und Genossinnen zu Gener. Maulthausstraße, gehen und Besondere und Bekannte mitbringen. Der Eintrittspreis von 85 Pfg. ist gemessen an den Kino- und Theaterpreisen so gering, daß kein Arbeiter es veräumen sollte, dem Kunstabend beizuwohnen.

Die Angst vor den Erwerbslosen und Herr Kleibömer.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung, in der die Erwerbslosenangelegenheiten behandelt wurden, fand bekanntlich nicht wie üblich im Rathaus, sondern im Landeshaus statt. Der Magistrat begründet die Verlegung der Sitzung mit „baulichen Veränderungen“ im Rathaus!

Wie wir lebt von glaubwürdiger Seite erfahren, waren es nicht die „baulichen Veränderungen“, die zur Verlegung der Sitzung führten, sondern die Furcht des Magistrats vor einer Demonstration der Erwerbslosen. Volkswirtschaftlicher Kleibömer teilte nämlich auf Grund eines verlogenen Späherberichts dem Magistrat mit, daß die Erwerbslosen beabsichtigen, die Stadtverordnetenversammlung zu sprengen.

Auf Grund dieses lägenhaften Berichtes verlegte der Magistrat die Sitzung nach dem Landeshaus und stahl Hunderten von Erwerbslosen das Recht, der Stadtverordnetenversammlung als Zuschauer beizuwohnen. Die Öffentlichkeit der Sitzung im Landeshaus war in ständischer Weise beschränkt. Es wurden nur knapp 50 Karten ausgegeben. Die meisten haben an bürgerliches Publikum. Den Arbeitern und Erwerbslosen wurde einfach erklärt, daß der Zuscherraum überfüllt sei.

Wenn Magistrat und Polizei glauben, durch solche lächerliche Maßnahmen Demonstrationen der Erwerbslosen verhindern zu können, so irren sie gewaltig. Sie beweisen damit nur ein schlechtes Gewissen. Wenn die Erwerbslosen demonstrieren wollen, so werden sie es tun, trotz Magistrat und Polizei und „baulicher Veränderungen“ im Rathaus.

Wofür das Gewerkschaftshaus keinen Raum hat!

Ein Arbeiter schreibt uns:

Im Gewerkschaftshaus finden jetzt bekanntlich einige Male in der Woche Kinovorstellungen statt. Aus diesem Grunde ist dem Arbeiterportier „Festfest“ die Benutzung des Saales zu keinem 24stündigen Sitzungsabend verweigert worden. Vielleicht sollen die Arbeiter ihre Veranstaltungen im Zingenshaus oder in anderen bürgerlichen Häusern machen. Für Arbeiter ist anscheinend im Gewerkschaftshaus kein Platz mehr vorhanden. Es finden auch Klatturrierer bei einem für einen Arbeiter unerschwinglichen Sitzplatz dort statt. Es ist anscheinend nur noch für Bongen oder besser Publikum da, aber nicht für die Arbeiter, welche bei ihrem Hungerlohn und der Arbeitslosigkeit kaum das nackte Leben fristen können!

Sobald der Bericht des Arbeiters, der wieder einmal die Paschawitzstraße des Herrn Stadtrates Rasch beleuchtet. Auch für Erwerbslose und Kommunisten gibt Rasch das Gewerkschaftshaus seit Jahr und Tag nicht mehr her. Er erklärt, wie ein echter Vagabund, daß er (Rasch), solange er Delonon sei, dafür sorgen werde, daß weder Kommunisten noch Erwerbslose Räume im Gewerkschaftshaus bekommen. Daß Herr Rasch den Stadtspielern den Saal hergibt, wundert uns nicht. Hat er doch im vorigen Jahre den Schwabern von der „Christlichen Wiskenschaft“ den großen Saal überlassen.

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft mit dieser Raschmischschaf Schluss macht.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Juli 1924 auf 564 587 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende August 1924 nach der „Fortzählung“ (zum Anfangbestand werden die Geborenen und Zugezogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgezogen werden) des Städtischen Statistischen Amtes 564 902. Geborene wurden 708, gestorben 536, gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 172. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 8915 (darunter 199 Haushaltungen), die der Fortgezogenen auf 3772 (darunter 175 Haushaltungen), woraus sich ein Ueberschuß von 143 und ein Mehr an Haushaltungen von 24 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung gegen Ende Juli 1924 um 315 Köpfe.

Ringkämpfe im Circus Busch. Man schreibt uns: Am 16. dieses Monats begann im Circus Busch ein Doppel-Ringkampfkonzurrenz. Bereits über 40 Ringer sind eingetroffen, darunter auch Breslaus Matador Carl East. Einige namhafte Ringer treffen noch in den nächsten Tagen ein. Es ist diesmal eine Konkurrenz wie sie Breslau lange nicht begangen hat. Dies zeigen die Kämpfe am ersten Abend welche für jeden Sportsmann ein Genuß waren.

Aus der Provinz

Heraus zum Jugendtreffen

am 21. September 1924 auf der Schneekoppe. Jugend- und Parteigenossen rüffet zur Teilnahme!

Unternehmerwillkür.

Die Firma B. Schäfer A.-G. Klein-Schank, entließ fünf Arbeiter, dabei gebrauchte man die Redewendung: „Aussetzen!“ Und wen ließ man Direktor Kurt Schäfer ansprechen? nicht etwa einige von den zahlreichen 14 und 15jährigen, die bei sehr geringen Löhnen (Lohn) ausgebeutet werden. Schlimmer als chinesische Kulis, auch nicht den wirklich überfüllten zweiten Direktor Robert Schäfer, sondern alle Familienväter, die fast ein ganzes Menschenalter für

Ueberall Spartassen- und Stadtbankstandale!

Waldburger Stadtbankfloate in größerer Auflage.

Nicht nur in Waldenburg haben Schieber und Betrüger, „Ehrenmänner“ der bürgerlichen Gesellschaft mit mändelstückeren, Weibern aufgelaunenen Spartassenspekulanten und netten Gummichen in ihre eigene Tasche gesteckt. In M. Gladbach ist ein ähnlicher Standal, bei dem Millionen Goldmark der Sparkasse M. Gladbach durch die Lippen gingen, aufgedeckt worden. Unser Bruderorgan „Arbeiter-Tribüne“ meldet dazu folgendes:

„Mit dem Ausschreiben der Anfallten sind bekanntlich in einer ganzen Reihe von Städten in den Spartassen Lesensdestille festgestellt worden, die durch „Finanzgeschäfte“ der Spartassendirektoren entstanden sind. Dazu gehört auch M. Gladbach. Die Angelegenheit hat damals viel Staub aufgewirbelt, aber die Zentrumsmehrheit hat sich gepulst, unsern Genossen im Stadtparlament sofort Rede und Antwort zu stehen. Erst jetzt wo etwas Gras über die Geschichte gewachsen ist, tritt die Stadtverwaltung mit einem offiziellen Bericht an die Öffentlichkeit. Darin wird angegeben, daß der Spartassendirektor in unverantwortlicher Weise mit den Steuergrößen der M. Gladbacher Bürgerchaft Finanzgeschäfte gemacht hat, wodurch die Stadt durch gewisse Privatfirmen um Millionen geschädigt worden ist. Dieser Direktor hat etwa

- 2 1/2 Millionen Mark von anderen Spartassen und etwa 6 1/2 Millionen Mark von privater Seite heringebracht und diese Gelder dann zu einem Betrage von etwa 3 1/2 Millionen Mark an Spartasse und Kommunen und zu einem Betrage von etwa 5,8 Millionen Mark an Privatfirmen (1) und Banken weitergegeben.

Von diesen ausgeschriebenen Millionenbeträgen sind noch nicht einmal von den Kommanditistinnen alle Verpflichtungen an die M. Gladbacher Spartasse erfüllt. Diese Parolen sind bis jetzt nicht restlos zurückgezahlt. Da die Spartasse nun ebenfalls die Verpflichtungen gegenüber den drängenden Gläubigern nicht befriedigen konnte, hat dieselbe nach einem Ausweg gesucht. Nach der Veröffentlichung der Stadtverwaltung hat eine an den Spartassen interessierte Kommunalbank gegen angemessenen Zinsfuß die zur Befriedigung der Spartassengläubiger erforderliche Summen zur Verfügung gestellt. Es wäre jedenfalls für die Öffentlichkeit interessant zu erfahren, um welche Summe es sich hier handelt und wie hoch der Zinsfuß ist. Weit unter 12 Prozent wird er gewiß nicht liegen, denn in erster Linie kommt es der Bank auf den Profit an, sie macht das Geschäft gewiß nicht der Stadt M. Gladbach zuliebe.

Durch die Privatfirmen ist die Spartasse in großen Umfang begaunert worden. Ein Teil dieser Firmen hat sich sofort unter Geschäftsaufsicht stellen lassen.

Die Firma Voeb A.-G. hat allein 2 Millionen Mark Verbindlichkeiten gegenüber der Spartasse.

von denen nur etwa 20 Prozent aus der Konkursmasse gedeckt werden. Eine vom Direktor der Kasse an die Firma Voeb gegebene weitere Bürgschaft von 170 000 Gulden wird ebenfalls von der Stadt angefochten, da der Spartassendirektor

die Herren geschuftet haben. Ja wenn man alt und krumm wird, ist man unbrauchbar für den Kapitalisten, steht doch genügend geprübelte Menschen auf der Straße. — Die Arbeiter der Firma Schäfer waren bisher sehr gleichgültig gegenüber dem Klassenkampfgedanken, wurden sie doch, daß erst vor kurzem in der Abteilung Korfabrik Streikbrecher den heldenmütigen Kampf ihrer Kollegen abwürgten. Hoffentlich sehen sie jetzt ein, daß sie gemeinschaftlich mit den Arbeitslosen, mit der kommunistischen Partei, den Kampf gegen die Kapitalisten aufnehmen müssen.

Und sind wir krumm und sind wir alt, Wirkt uns gemein und roh und kalt Die Herrschaftsmenge auf die Straße, Dem Stend dieser Welt zum Fraße.

Bergeht eure Brüder in den Zuchthäusern nicht! Gebt Rote Hilfe!

Die Ehre für 100 Mark oder: Reinfall der Waldburger Bongen.

Genosse Graf hatte sich wegen „Beleidigung“ des sozialdemokratischen Schlichters Mehlich am 16. September 1924 vor der landständischen Justiz zu verantworten. Sein Vorgesetzter hatte die Beleidigungslage angehängt. Als Nebenkläger traten auf die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer

Schäner, Hoffmann, Beder, Dierich und Wilmann aus Waldenburg.

Anlässlich des großen Bergarbeiterkampfes im Ruhrgebiet Oshersleben und in Sachsen, hatte die Reichstagskommission der Bergarbeiter ein Flugblatt herausgegeben, daß der Genosse Graf geschändet hatte. In diesem Flugblatt war u. a. folgendes gesagt:

„Der arbeitgemeinschaftliche Gewerkschaftsführer verlangt es, weil er der getreue Kalai seiner kapitalistischen Schinder ist.“

Hierin sahen die genannten Waldburger Bongen eine Beleidigung, obwohl sie nicht in diesem Flugblatt persönlich genannt wurden.

In der heutigen Verhandlung, zu der Dierich und Schäner erschienen waren, setzte der Genosse Graf auseinander, daß hier gar keine persönliche Beleidigung vorliegt, er zeigte auf, daß alle Richter, Schlichter usw. die vom Staate bezahlt werden, im Interesse der Kapitalisten tätig sind und daher nur gegen die Arbeiter handeln können. Der Staatsanwalt sah in dem Flugblatt eine formale Beleidigung der Nebenkläger und des Staatskommissars, Sozialdemokrat Mehlich. Er beantragte 100 Mark Geldstrafe, Publikation in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ und „Bergwacht“ sowie Ertragung der Kosten.

Schäner, als Vertreter der Nebenkläger hielt nun eine Anklage, die der deutschnationale Staatsanwalt Schäfer-Schweidung und der Präsident des Staatsgerichtshofes Niedner nicht besser für den Kapitalismus hätte halten können. Aus ihr sei folgendes hervorgehoben:

„In der Arbeitgemeinschaft, führte Schäner aus, sind alle Direktoren und alle Angestellten der Gewerkschaft enthalten. Wenn man von den arbeitgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführern spricht, so find wir gemeint, da das Flugblatt speziell in Waldenburg verteilt wurde. Wir wenden uns ganz besonders dagegen, daß man uns Verräter nennt, und daß man diejenigen, die so etwas behaupten, nicht zur Verantwortung ziehen kann. Wir, die wir die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu führen haben, werden dadurch in unserer Tätigkeit behindert. Es kommt dann durch solche „Hehe“, wie sie die Kommunisten seit 1919 betreiben, zu Veränderungen und ähnlichen unliebamen Ereignissen. Wir sehen in diesen Worten des Angeklagten eine formale Beleidigung und verlangen eine empfindlichere Strafe als 100 Mark. Die Kosten trägt ja der Angeklagte doch nicht, sie wird ja von der Partei bezahlt. Wir verlangen eine empfindlichere Strafe (den traurigen Mut

direktor dazu keine Ermächtigung hatte. Eine ganze Reihe weiterer Parolen ist nicht voll geführt, sodas auch hier die Stadtverluste haben wird.

Die Höhe der Summen wird in dem Bericht beschreiben. Da die erwartete ausländische Anleihe ausbleibt, trotz der Annahme des Dawesplanes, wird die Stadt wohl noch lange warten können. Der Spartassendirektor hat außerdem eine Wechselverbindlichkeit auf 800 000 Mark eingegangen, die von der Verwaltung ebenfalls angefochten wird. Insgesamt sind also nach den Angaben der Verwaltung 9,8 Millionen Mark verlehrt worden, wovon nur die Kommunen 2 1/2 Millionen zurückbezahlt haben, während 1 Million Mark von den Kommunen noch aussteht. Es sind also noch etwa 7,3 Millionen Mark und 170 000 Gulden, um die noch Prozessiert werden muß, bzw. noch nicht zur sofortigen Rückzahlung bereit liegen. Solchen den Zellen wird angegeben, daß die Verluste durch die unverantwortlichen Finanzmanöver sehr groß sind und die Stadt noch jahrelang daran zu tragen hat.“

Genau so wie in Waldenburg wurde in M. Gladbach geschoben. Ebenso wie in Waldenburg Dr. Erdmann, deckte der M. Gladbacher Oberbürgermeister, sehr lange den dortigen Spartassendirektor. Dieser Oberbürgermeister hat sich dort ebenfalls so mitschuldig an den Betrügereien gemacht, wie in Waldenburg Dr. Erdmann, der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Stadtbank. In einer Zeit, in der Tausende arbeitslos sind mit türmendem Mühen, zerfallenen Schulen und Kleibern in den Straßen herumtollen, Städte kein Geld zur Befriedigung des Stends zur Verfügung stellen (weil sie angeblich kein Geld zu haben), dürfen Stadtväter, Stadtbank- und Spartassendirektoren die Stadtkassen ungefragt um Millionen für eigene oder für Taschen ihrer Hintermänner pressen. Ebenso wie in Waldenburg versuchen die M. Gladbacher Bürger und ihre Helfershelfer, die Sozialdemokraten, die Schandea zu verurteilen.

Die Riesenbezüge in Waldenburg, M. Gladbach und anderen Städten werden dieselben Herren, die solche Betrügereien begünstigten, versuchen auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Es wird wieder gebotet werden an den Ausgaben für die Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegskrieger und Wehrarmen. Die Kommunisten aber fordern überall, daß die Kosten der Betrügereien die bestehenden Klassen tragen und sie finden dabei die Unterstützung der Arbeiterschaft wie des kleinen Mannes.

Unter Kampf geht gegen das gesamte kapitalistische-korrupte System, welches notgedrungen auch einen Teil der Angefallten korruptieren muß. Weil das die Bourgeoisie weiß, deshalb verucht sie, unsere Leute nicht in die „Ehrenämter“ der bürgerlichen Parlamente und Städte eindringen zu lassen. Deshalb die Nichtbestätigung der kommunistischen Stadträte.

Die Furcht der bis auf die Knochen korruptierten Bourgeoisie ist berechtigt. Denn wir kämpfen mit der gesamten unterdrückten Klasse um ihre Befreiung und werden nicht eher ruhen, bis unser Ziel erreicht ist.

Defängnis für eine sogenannte formale Beleidigung zu verlangen, hatte dieser traurige Gefelle nicht, er ließ sich (schonbar dieses Wort von der Zunge ab).

Schäner hob in seiner Rede das „brave“ Wirken des „Führers“ Wilmann hervor, der heute erst wieder zu Verhandlungen in Berlin ist. Er leistete sich noch einige Stillsätzen, die wir dem schlesischen Proletariat nicht borenthalten wollen.

Wenn die Kommunisten ungestrakt beleidigen und behaupten und es zu verheerenden Folgen kommt, dann kommen wir überhaupt nicht zum Aufbau der Wirtschaft.“

Außerdem erklärte er, daß Kommunisten auf sein Büro gekommen wären und verlangt hätten, daß er wegen dieser Sätze gegen uns klagen soll (das hat er البتهcht in Delirium geträumt).

Rechtsanwalt Simon setzte in seinem Plädoyer die Ausführungen dieses Meisters von Gewerkschaftsführer in das richtige Licht. Er machte geltend, daß eine persönliche Beleidigung nicht vorliegen kann und betonte, daß der Angeklagte in Wahrheit berechtigt Interessen gehandelt habe und er darum freizulprechen sei. Seine Beleidigung des Staatskommissars Sozialdemokrat Mehlich liege nicht vor, wie es aus den Ausführungen des Angefallten ja selbst hervorgeht. Das Gericht (Einzelrichter) trat natürlich der Auffassung des Staatsanwalts und des Nebenklägers bei und verurteilte den Genossen Graf zu der oben erwähnten Strafe.

Erwähnenswert sei noch, daß der Vorsitzende dem Genossen Graf nicht gestatten wollte, eingehend die Ausführungen des Sozialdemokraten Schäner zu widerlegen. Das Gericht stellte sich also schüchtern vor diese Sozialdemokraten. Das war bei wohlbediente Dank für ihre Denunziation.

Während der Beratung erklärten die Nebenkläger unter sich, was hat das für einen Zweck Geldstrafen von so geringer Höhe anzusehen. Für 1000 Mark kann man zwanzigmal beleidigen.

Die Gewerkschaftsführer hätten es lieber gesehen, wenn Graf eine Gefängnisstrafe erhalten hätte. Haben es doch die sauberen sogenannten Waldburger Arbeitervertreter fertig gebracht, durch ihre Denunziationen den Genossen Dampf auf ein Jahr, den Genossen Dietwald auf zwei Monate ins Gefängnis zu bringen.

Der kapitalistische Staat und seine Justiz verstehen die Wichtigkeit der Gewerkschaftsführer für den kapitalistischen Staat zu werten.

Die sogenannte Ehre des Bongen wird in Waldenburg weit höher geschätzt als die eines Bednaris, weil er der Bourgeoisie ungleich wichtige Dienste geleistet. In Breslau dagegen ist die Tare etwas niedriger, damit wird sich Herr Schäner schon abfinden müssen.

Hier gilt die „Ehre“ eines Gewerkschaftsführers nicht mehr als die der anderen Nachtwächter der Bourgeoisie.

Fellhammer Die S.W.D. für erhöhte Miete. Am Donnerstag, den 11. September, fand im Gerichtsfreisaal eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt in welcher die Erhöhung der Hauszinssteuer von dem Gemeindevorsteher Jäschke (S.W.D.) vertreten wurde. Das schloß dabei ist aber, merkt sich auch, Arbeiter von Fellhammer, daß der sozialdemokratische Gemeindevorteiler alle und zu gleicher Zeit Vorsitzender des Mieterbundes vereins für die Erhöhung der Steuer um 100 Prozent mit einer kläglich Erklärung eintrat. So sehen wir am besten, wie ein Sozialdemokrat die Interessen der Mieterchaft mit Füßen tritt. Unser Vertreter, Genosse Scholz wändte sich ganz entschieden gegen die Erhöhung, die eine unerträgliche Belastung der Arbeiter darstellt. Die Rechtschaffenheit der Sache wird in das Parlament zog, um die Arbeiter vor den großen Steuern zu schützen, gab ebenfalls zu dieser neuen Ausbeutung der Arbeiter ihre Zustimmung. Arbeiter von Fellhammer zieht diese Vertreter, welche an der Wahl immer geschrien haben: Gebt die Stimme der Kasse, auf der der Vertreter der Mieterchaft steht, zur Rechenschaft.

Am Sonntag, den 14. September, konnte man den Papphelm von Fellhammer vom Sportplatz mit einer Beteiligung von 84 Mann abrüden sehen. Wenn nicht hunderttausend Alex Gestalten dabei gewesen wären, konnte man denken, es kommt irgend eine Schulfestung angerückt, da meistens 15-17jährige Mädchen daran beteiligt waren. Ein wahrer Stolz!

Das neue Zuchthausurteil.

Duldet keine Beschimpfung der Opfer!
Liebt proletarische Solidarität!

Das ungeheuerliche neue Terrorurteil des Staatsgerichtshofes, der über 11 Eiberfelder Arbeiter 67 Jahre Zuchthaus und 10 1/2 Jahre Gefängnis verhängte...

Christose gefaule separatistische Landesverräter - ehrliche revolutionäre Arbeiter, diese Gegenüberstellung soll der herrschenden Bourgeoisie Tag für Tag millionenstimmig in die Ohren klingen.

In der Sonntag-Nummer vom 14. September schreibt der "Vorwärts":

Die Angriffe waren Wahnsinnstaten Verblendeter und die eigentlichen Angeklagten in diesem Prozeß sind - wie in so vielen anderen Kommunistenprozessen der letzten Zeit - die Moskauer Zentrale der Kommunisten und ihr Exekutivorgan in Deutschland...

Es ist eine niederträchtige Gemeinheit, die Eiberfelder Arbeiter in eine Parallele zu stellen mit einem Sawinkow. Der "Vorwärts" meint nicht den revolutionären typischen Vertreter des persönlichen Terrors, Sawinkow...

Die Moskauer Zentrale der Kommunisten und ihr Exekutivorgan in Deutschland, das willenlos die Methoden eines Sawinkow nach Deutschland verpflanzt, obwohl es genau wissen muß, daß sie in Deutschland noch weniger Aussicht auf Erfolg haben als in Russland...

fischen Sold. Es wäre die Solidarität mit dem Klassenfeind, mit dem Henker der Arbeiterklasse.

Genau dieselben gefauleten Söldlinge des Kapitals vom Schlage Sawinkows sind die menschewistischen Schufte, die versuchen, das arbeitende Volk Georgiens dem englischen Imperialismus zu überliefern...

„Ohne Zweifel ist das Vergehen der Kommunisten schwer. Kein Staat kann es sich gefallen lassen, daß Teile der Bürgerchaft zu einer gewalttätigen Aktion schreiten; kein Staat kann dulden, daß einzelne Banden einen bewaffneten Kleinrieg gegen die Sicherheitsorgane führen.“

Das ist das Urteil eines Verteidigers des heutigen kapitalistischen Staates, so wie er ist, mit seinem Massenhangern, Massenarbeitslosigkeit, grauenhaftem Elend und seiner prassen, faulen, wirtschaftlich unfähigen Bourgeoisie.

Über eben darum läßt sich die deutsche Arbeiterklasse in keinem Augenblick vom "Vorwärts" davon abhalten, für die Befreiung der proletarischen, politischen Gefangenen zu kämpfen. Umso weniger, als es eine schamlose Lüge ist, wenn er von einer Rachejustiz der Sowjetregierung spricht...

Die SPD-Preße verteidigt darum die deutsche Klassenjustiz, weil die SPD-Führerschaft völlig vom Kapital gefaßt ist und im Interesse des Kapitals spricht. Der "Vorwärts" findet darum das Urteil "milde", weil Sozialdemokraten als Richter an dem Zuchthausurteil mitgewirkt haben.

Das muß der letzte Arbeiter klar sehen. Dann wird er proletarische Solidarität üben und in den Reihen der Millionen mitkämpfen, die die Amnestierung der politischen Gefangenen fordern, die keine Beschimpfung jener "Zuchthäuser" dulden werden.

Während hier beim Eiberfelder Bluturteil der "Vorwärts" jubelt, pfeift er sonst die Schmach der Klassenjustiz einfach totzuschweigen.

Zur Zuchthauschmach in Schlesien schweigt die SPD-Preße. In den Gefängnissen Schlesiens sitzen Tausende proletarischer Kämpfer, seit 10 Jahren in Haft, ohne daß ihnen der Prozeß gemacht wurde.

Der Genosse Bierbring ist im Hungerstreik, der Genosse Radlewski sitzt vor dem seelischen Zusammenbruch und wird bei Wasser und Brot in eine Zelle gesteckt. Bierbring ist seit Februar in Untersuchungshaft, Radlewski mit Unterbrechungen ca. ein Jahr, ohne daß ihnen das geringste nachgewiesen werden kann.

Staub ist die schlesische SPD, die duldet, das Proletariat dreißig Jahre unzulässig in Haft zu lassen. Die SPD in ihrer Stammlosigkeit verliert kein Wort zur schlesischen Zuchthauschande.

Die Diktatur des Kapitals brachte 600 politische Gefangene in Deutschland hinter die Gitter.

Die SPD-Preße schreibt, Moskau ist der Schuldige. Nicht Moskau ist Schuld, sondern die Sozialdemokratie. Denn die SPD ist die höchste Stütze des deutschen Justizapparats.

Unser Genosse Gläser, der schon Monate in Haft saß, hat der Arbeiterchaft Schlesiens gezeigt, wie ein proletarischer Kämpfer vor Gericht steht.

Die verurteilten Eiberfelder Arbeiter winkten bei der Urteilsverkündung nicht, sondern riefen:

Die Weltrevolution schreitet vorwärts trotz Kerker, trotz sozialdemokratischer Kerkermeister. Sie wird die Tore der Zuchthäuser sprengen.

Der unvermeidliche Herr Humann.

Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, bearbeitet Herr Humann, Präsident des Strafvollzugsamts unsere "Arbeiter-Zeitung". Man möchte glauben, daß er eine Sonderprämie erhält für die vielen "Berichtigungen", mit denen er uns bombardiert.

Zu 1): Es ist un wahr, daß die Wachtmeister der Stationen S 2 und S 3 oder irgend ein anderer Wachtmeister den Gefangenen in Zelle 229 in der unbarmherzigsten Weise geschlagen haben.

Nachdem der Gefangene an einem Sonntag (am 6. Juli dieses Jahres) fast alle Gegenstände seiner Zelle kurz und klein geschlagen hat und dadurch die Zelle unbewohnbar gemacht hatte, mußte er bestimmungsgemäß in einen anderen Raum verlegt werden. Er leistete jedoch einer Aufforderung, die Zelle zu verlassen, keine Folge...

Zu 2): Die Behauptung, der Pfarrer habe zu einem Gefangenen gesagt: "Nun, Sie haben doch sicher auch rot gewühlt", ist un wahr.

Zu 3): Un wahr ist auch, daß verfaulte oder schwarze Kartoffeln in das Essen getan worden sind. Es werden nur einwandfreie Zutaten verwendet. Das Essen entspricht den bestehenden Bestimmungen und wird schmackhaft zubereitet.

Es ist selbstverständlich, daß diese sogenannte "Berichtigung" vollkommen bedeutungslos ist. Ein Strafvollzugspräsident, der es für unter seiner Würde hält, auch nur ein einziges Mal bei den Gefangenen selbst persönlich, ohne Gegenwart von Beamten der Anstalt, nachzuspüren, ob unsere Anlagen stimmen...

Solange nicht die Gefangenen selbst vernommen werden, solange nicht ein proletarischer Untersuchungs-ausschuss unserer Anlage widerspricht, sind unsere Behauptungen nicht widerlegt. Das Gefangene barbares in der Graube mißhandelt wurden, daß der Gefängniswärter nach der politischen Meinung der Gefangenen schnüffelt, daß in der Gefängnisstube schwarze verfaulte Kartoffeln sind.

Herr Humann mag "berichtigen" was er will. Wir als Lohnkämpferische Organe werden unter unserer proletarische Pflicht erfüllt. Hört auf die in die Dunkelkammer der Graube und eine gründliche, proletarische Kontrolle erzwingen, allen Humannern zum Trost!

Verschwörer und Revolutionäre

Tagbuchaufzeichnungen von M. Kaniowski. Aus dem Polnischen überf. von St. Kubicki.

Mein Vater trinkt nicht einmal Bier - sagte der Deutsche stolz.

Schlamm genug - gab wieder der Pastorenhaier zurück. Ein Deutscher, der kein Bier trinkt? Das ist ja un erträglich.

Mein Vater weiß nämlich, daß jede Kopete schwer er arbeitet werden muß.

Ba! Das weiß mein Alter auch, und auch, daß ich ihm keine Schiden werde, denn ich hab' selbst keine. Und selbst, wenn ich ihm welche Schiden würde, würde ich das nicht "Pflicht" nennen, sondern: Schnaps. Und selbst, wenn mein Alter das Delirium freige, würde ich doch daraus nichts über meine Seele folgern können.

Schulz brummte einige Minuten irgend was ärgerlich, rückte seinen Kragen und seine Köstchen zurecht und trat zu dem andern.

Mein Name ist Karl Schulz, und Sie erlauben, daß ich Sie nicht weiter kennen will.

Der aber pläbe heraus. Und mein Name ist Jascha Tschernoff; ich mag aber nicht von Ihnen weiden, denn meine "Seele" ist ganz verliebt in Sie, mein Herr. Und übrigens habe ich durchaus Hochachtung vor Ihnen, vor Ihrem Herrn Vater und vor Ihren Schwestern.

Schulz versuchte irgend etwas zu erwidern, Tschernoff aber hatte sich bereits an mich gewandt. - Und Sie, ein Schlichtsitz, Sie sprechen von Materie? ... Zunächst: ein Pole darf nicht sagen "Materie". Ihr sagt doch immer: "Gott und Vaterland". Materie? Ich hör's zum erstenmal. Von euch, Jascha - rief da ein junges Mädchen in blauer Schürze aus der andern Ecke des Laboratoriums - ist es nicht recht, zu einem Polen von Vaterland zu sprechen. Auf loß läßt euch grüßen.

- Denn wird er sich hämmern, denn ich grüß nicht wieder. - Es ist nicht recht von euch. Für ihr Vaterland hat doch Murawiew so viel Polen gehängt.

- Wen hat denn Murawiew nicht gehängt? - verteidigte ich Jascha. - Der konnte auch mich aufhängen. Mit Karafotoff hat er's getan.

Ein toller Hauch ging durch den Saal. Ein großer, blond er Student betrachtete Jascha durch seine Brille und begann halb laut: - Euch Tschernoff, soll der Teufel... wandte sich dann an mich: - Orloß ist mein Name. Wie verstehen Sie Was von der Materie? Ist denn das Denken keine Materie? Wenn ja, weshalb soll ich mich danach kümmern. Das Denken ist dann vielleicht eine spezielle Form der Materie. Es handelt sich also um die Bestimmtheit der Materie. Ich nehme an. Sie wollten sagen, der Mensch ist heute ein unglückliches Stück Materie, und sehnt sich danach ein glückliches zu werden. Und das ist klar, wenn er nicht unglücklich wäre, würde er gar nichts anderes wollen. Nun will er aber, also ist er unglücklich. Ergo will er glücklich werden. Wir sollten uns um die Technologie menschlichen Glücks bemühen.

Mit einemmal fühlte ich mich wohl. Ich war mit Menschen zusammen, die dieselbe Sprache redeten wie meine Gedanken. Ich wurde warm. Suchte Gegenargumente. Um die Abende meiner Schulzeit mußte ich denken, an die unendlichen Diskurse mit den Kameraden. Das Glück allein genügt nicht, man muß das Gefühl haben, daß es einem auch gehört.

- Glückliche Materie - begann Jascha wieder - habe ich nur zweimal gesehen. Einmal im Schweinefall, ein andermal im Hause eines Gouverneurs. Im ersten Fall war's ein Zuchthauer, im zweiten das Stubenmädchen seiner Excellenz.

- Euer russisches Denken ist sehr bar leichtsinnig - sagte Schulz. - Immerfort macht Ihr Sprünge. Ihr seid ebenso wie euer Land: wenig Eisenbahnen.

Zum erstenmal an diesem Tage ging ich von hier in die Studententüchle.

Ein neues Leben begann für mich. Ich lernte eine Menge außerwöhnlicher Menschen kennen. Ich kann es ruhig nach so vielen Jahren sagen: diese Menschen liebten tatsächlich nur um die Wahrheit zu suchen. Eine lebendige, das Leben umbildende Wahrheit, kein Büchermüssen. Für

je gab es keine nebenwärtigen Ereignisse. Ihr Denken war un erträglich damit beschäftigt, das Rätsel zu lösen, was und wie soll der Mensch werden. Ich hatte mehr Bücher verdrungen als sie alle zusammen. Sie aber haudten mit ihrem Denken der Wirklichkeit näher. Durchsicht wurden von ihnen die Erkenntnisse im Leben angewendet. Ihre Philosophie war das Leben selbst.

Da war ein gewisser Alexander Brenneisen, er wollte dem Menschen nur die Befriedigung der allernötigsten Bedürfnisse zugesprechen. Seine eigentliche Aufgabe wäre die Arbeit. Und er arbeitete zwölf bis sechzehn Stunden täglich, den Erlös seiner Arbeit tat er in eine offene Büchse, die auf seinem Tische stand. Jedem seiner Freunde stand es frei einen beliebigen Betrag an sich zu nehmen, wenn er dessen bedurfte, und zwar ohne ein Wort zu sagen. Die Gesellschaft ist verpflichtet meine notwendigsten Bedürfnisse an Essen, Kleidung und Unterkunft zu garantieren, das muß ich haben. Wenn das Tier dann satt und gekleidet ist - beginnt mein Leben, mein Tag. Hier hat niemand was zu sagen.

- Wenn aber mein "Ich" laufen will und nach Mädchen verlangt - versuchte ihn Jascha herauszufordern.

- Geh' doch, laßst du dich besaufen - tu's kannst du's nicht, dann ist's schimm. Kriegt da ein Mädel, dann nimm es; wenn's nicht geht, verhäut man dich. Das' geht niemand was an.

- Wenn ich nun aus deiner Büchse zehn Rubel nehme und zu Frauen im Witz gehe... was dann...

- Wenn einer ein Schwein ist, bin ich doch nicht verpflichtet, ein Sauhirt zu sein - verteidigte sich Brenneisen standhaft.

In ihrer Mitte wurde jede Uebereizung geachtet, sofern sie auf Grundlagen und Selbstkritik ruhte.

Als aber einer von uns ein Heiligenbild bei sich an die Wand hing und ein Gebetbüchlein davor aufstied, mieden wir ihn alle.

- Was hab' ich euch getan - versuchte er sich zu verteidigen.

- Nichts - antwortete ihm Michael Zemtshuknikoff - aber einem tollen Hunde gehe ich auch aus dem Wege, selbst wenn er mir nichts getan hat.

- Aber ich bitte dich, ich hindere dich doch auch nicht Werte Motekhotts zu lesen

Generalversammlung des D.M.B., Ortsverwaltung Breslau.

Am 15. September fand die zum 20. Male einberufene Generalversammlung des D. M. B. statt, die in der vorigen Woche zusammenberufen wurde infolge des jüngerlichen Besuchs nicht zustande kam. Um 300 Mitglieder waren anwesend. Auf der Tagesordnung stand zuerst der Vortrag des Arbeiterssekretärs Peitert über Sozialversicherung, Unfall- und gewerbliche Versicherung. Im großen ganzen beschränkte sich sein Referat auf finanzielle Dinge und ein Lob der Vollkommenheit unseres Versicherungswesens. Wenn ein Arbeiter 1800,- Mark verdient, so läßt er mit zweidrittel des Lohnes als Versicherung aus.

Er mußte sich in der Diskussion vom Genossen Donner lassen, daß es infolge der herrlichen Tätigkeit der Breslauer Gewerkschaftsbürokratie in keiner einzigen Industrie einen Arbeiter mit 1800,- Mark Jahreslohn gibt, d. h. 87,50 Mark Wochenverdienst, gäbe. Der Breslauer Arbeiter verdient durchschnittlich

22 Mark, der höchstqualifizierte Arbeiter Breslaus 28 Mark
Der sei schuld an dem Bankrott der sozialen Gesetzgebung, der Ende 1923 eintrat. Das Ermächtigungsgesetz und die Sozialdemokraten, die ihm zustimmten! Erst das sozialdemokratische Ermächtigungsgesetz brachte die vollkommene Aufhebung des Achtstundentages, das Aufheben der Betriebskontrolle (Demobilisierungsbefreiung) usw. An und für sich ist die Aufklärung über das Sozialversicherungswesen zu begrüßen.

Darauf gab der 1. Bevollmächtigte Hanko den Geschäftsbericht. Der Metallarbeiterstreik im Juni, der 6 Wochen dauerte, und in dem die Unternehmer mit der Aussperrung drohten, sei am 5. 6. durch das Eingreifen des Schlichters mit einem geringen Erfolg der Arbeiter beendet worden. Jetzt unternehmen die Unternehmer einen neuen Vorstoß und verlangen

15 prozentigen Lohnabbau.
Sie erklären sich zu allen Konsequenzen bereit.
Sollten es die Arbeiter wagen, Forderungen zu stellen, so werde sofort die Aussperrung erfolgen.

Und das, trotz der Lebensmittelsteigerung, die zwar der amtliche Index verschweigt. Der amtliche Index errechnet keine Steigerung, indem er mehr Kartoffeln und weniger Fleisch als Proletariernahrung einsetzt. Nach Meinung dieser Herren

genügt für eine vierköpfige Proletarienfamilie 5 Pfund Fleisch monatlich.

Grünfütter und Kartoffeln sollen Proletariernahrung sein. Die Schuld an der schlechten Lage der Arbeiterschaft trägt Hanko auf die „Quertreiber der Kommunisten“. Die Gewerkschaften wollten jetzt den Arbeitern wieder auf die Beine helfen und den arbeitslosen Mitgliedern Unterstützung zahlen. Den neunjährigen Mitgliedern 4,20 Mark (abzüglich 0,80 Mark für Karten), den dreijährigen 2,40 Mark. Zur Propaganda für den Bolschewismus über den Achtstundentag sollen die erwerbslosen Mitglieder 50 Mark zahlen, die Vollarbeiter 1,- Mark. Die 50000 M. Anleihe wird eine Stabilisierung der deutschen Wirtschaft bringen und damit das Niveau der Arbeiterschaft und den Mitgliederstand der Gewerkschaft heben.

Den Kaspenbericht gab Kollege Ruppelt. Danach sind in einem Vierteljahr

die Mitglieder des D. M. B. von 16490 auf 10500
zusammengesunken.

In der Diskussion enthielt Genosse Donner dieses klägliche Resultat sozialdemokratischer Gewerkschaftsarbeit, den Mitgliederverlust von 6000 Kollegen als immer noch zu günstig. Nach seinen Angaben, die ihn von einem früheren Mitglied des erweiterten Vorstandes gemacht worden sind, hat der D. M. B. nur noch

6000 zahlende und 2000 erwerbslose Mitglieder!

Er behauptete die kommunistischen Quertreiber gegen die Gewerkschaften an Hand des großen schlesischen Metallarbeiterstreiks. Zu Kopenau, wo der D. M. B. in der Hand der Kommunisten ist, wurde der Streik mit einer berattigen Disziplin und Kameradschaft geschlossen, daß selbst der Sekretär Linnert zugestehen mußte:

„Ja, wenn wir überall solche Kämpfer hätten, wie in Kopenau, dann ließen sich Streiks siegreich führen.“

Im Gegensatz dazu brach der Streik in Landeshut, dessen D. M. B. in der Hand der Sozialdemokraten ist, kläglich zusammen, da sich 30 Streikbrecher einfanden. Kollege Knorr entgegnete:

„Die Opposition ist uns zur gewerkschaftlichen Mitarbeit willkommen.“

Genosse Donner illustrierte dieses „Willkommen“ der Opposition von Seiten der Gewerkschaftsbürokratie. Trotzdem hier in Breslau die Opposition bei der letzten Wahl

nur 3 Stimmen weniger als die Sozialdemokratie
erhielt, wurde
nicht ein einziger Kandidat der Opposition zugelassen.

345 gegen 342 Stimmen! Und 342 oppositionelle Stimmen blieben unvertreten! Ebenso in Berlin. Von ca. 60000 Stimmen erhielten SPD und USB 30700, die Opposition 30000 und das Resultat: die Opportunisten bekamen 77 Delegierte, die Opposition nicht einen einzigen. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie mit der geringen Mitgliederzahl entschuldigen will, daß sie so wenig Kämpfe führe und selbst diese wenigen Kämpfe alle verliere, so erinnern wir an die Zeit vor dem Kriege, wo wir

mit 6000 Organisierten Sieg auf Sieg errangen und die Arbeiterschaft wie ein geschlossener Block hinter uns stand.

Die Hauptschuld an diesem Verfall der Gewerkschaften trägt der Opportunismus, der Geist der Arbeitsgemeinschaft und die Korruption. Der Fall Wiersch sei typisch. Trotz der scharfen Angriffe des langjährigen früheren Volkswirtschaftslehrers Gahmann, wagte es Wiersch nicht den Angriffen entgegenzutreten. Früher haben die Gewerkschaftsführer in den Gewerkschaften Organisationen, die die Befreiung des Proletariats erkämpfen sollten. Heute haben die Gewerkschaften aufgehört, Kampforganisationen mit einem sozialistischen Ziel und Inhalt zu sein.

Der Bezirkskassierer Knorr bezeichnete die „Konsumgenossenschaften als die Vorbedingung zum Sozialismus“.

Genosse Donner entgegnete: „Eine Konsumgenossenschaft wie die Breslauer wird uns nie zum Sozialismus führen. Dieses Gebäude in der Tauentzienstraße, das 3- und 4-Zimmerwohnungen für die Hauptlinge der Genossenschaft anstatt eine eigene Kasse enthält, sichert wohl die Genossenschaftsführer, aber nicht den Sozialismus“. Dann zeigte Genosse Donner die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Folgen des Damesgutachtens, die kommen werden: 12 Hundentag, niedrigere Löhne, (siehe die Forderung des 15 prozentigen Lohnabbaues in der Breslauer Metallindustrie) und im Frühjahr eine noch größere Ausbeutung. Genau so wenig, wie uns das Ermächtigungsgesetz ein Ende unserer Not brachte, wie es uns die Sozialdemokratie verspricht, genau so wenig wird es das Damesgutachten bringen, trotz sozialdemokratischer Versprechungen. Es bringt uns nur ein habilitiertes Elend. Die Deutschnationalen haben wenigstens für die Annahme des Gutachtens Forderungen gestellt (4 Minutensessel und Schutzpolizei) die Sozialdemokratie hat nichts gefordert und nichts erlassen. Sie bekommt das Damesgutachten und einen Fußtritt.

Kollege Wiersch, der Landessekretär des D.M.B., hielt eine äußerst klägliche Verteidigungsrede. Sein einziger Kronzeuge war ein Unternehmer — der Direktor Köhler, unter dem Donner früher gearbeitet hat. Der Ausspruch eines Mannes, in dessen Betrieb in kurzer Zeit infolge mangelnder Schutzmaßnahmen und Kruppeligen Antireisens 4 Arbeiter ums Leben gekommen sind, der 34 Pf. Stundenlohn für Handwerker zahlt, der die Gewerkschaften bei Neueinstellungen selbst herzlich umgibt, der Anspruch eines solchen Mannes, Donner wäre ein dummes Tier, genügt Herrn Wiersch, um die Politik, mit der er die Arbeiter niederhalten will, in den Ort zu verheimlichen zu lassen. Er traut nicht nur ab, den Arbeitern die Rechte angedroht zu haben, sondern behauptet sogar, den Preiswettbewerb zwischen Erde und Gahmann. Nun, was uns schwarz auf weiß vorliegt, kann kein Petrichor-Wiersch wegaußern.

Zum Fall Gläser sprechen wir ein anderes Mal.
Besonders interessant waren die Enthaltungen eines Vertreters der streikenden Breslauer Bauarbeiter. Danach wollte der

1. Bevollmächtigte für 5 Pfg. Lohnerhöhung den Achtstundentag verlanfen.

Die Bauarbeiter haben diesen Kuhhandel der Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern natürlich abgelehnt. Der 1. Bevollmächtigte verteidigte sich damit, daß er doch etwas „Bewegungsfreiheit“ haben müsse.

Gerade der Verfall der Gewerkschaften, der offensichtlich Bankrott der reformistischen Gewerkschaftspolitik, die Wieder-

lagen der Arbeiterschaft müssen ein Mahnruf für die Arbeiterschaft sein, und ganz besonders für uns Kommunisten, viel aktiver in den Gewerkschaften zu arbeiten. Ein Genosse, der nicht Mitglied der freien Gewerkschaften ist, ist ein blinder Fleck, ein Feind und ein Tor. Ohne Eroberung der Gewerkschaften keine Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft, ohne Eroberung der politischen Macht, kein Sieg des Proletariats. Jeder Genosse muß die Gewerkschaftsversammlungen besuchen, muß die Kollegen seines Betriebes hinführen, muß dafür sorgen, daß hundert Prozent der Belegschaft freigewerkschaftlich organisiert sind. Jeder Genosse muß gewerkschaftlicher Vertrauensmann werden. Bringt er das nicht fertig, so zeigt er, daß er nicht zu arbeiten versteht, daß er gegenüber den tausend kleinen Ästen und Wünschen seiner Kollegen teilnahmslos gegenübersteht, daß er zu ungeschickt oder zu ängstlich ist, für sie zu kämpfen und sie durchzuführen. Eine eiserne gewerkschaftliche Front gegen das Unternehmertum gibt es zu errichten, dann werden die Breslauer Generalversammlungen des D.M.B. anders aussehen, dann wird der D.M.B. nicht 6000 Mitglieder verlieren, sondern gewinnen.

Sinein in die freien Gewerkschaften!

Zellenversammlung.

Ein Breslauer Genosse schreibt uns:

Ich bin der einzige Kommunist in meinem Betriebe, und doch stelle ich nach dem Parteistatut eine Zelle dar. Ich besitze so viel Material und Instruktionen von meiner Partei, wie soll ich das alles aber verwerten, wo doch der größte Teil meiner Kollegen dem Kommunismus ganz ablehnend gegenüber steht, zum Teil sogar verbotene Sozialdemokraten sind? Die Herren vom grünen Tisch haben gut reden und Anweisung gegeben, aber sie sollten mal selbst praktisch in meinem Betriebe, das, was sie mir dauernd auftragen, zur Durchführung bringen, dann würden sie einsehen, wie schwierig das ist. Genossen, so hört man alle Tage die Klagen von Genossen, und wahrlich meistens nicht von den schlechtesten. Woran liegt das? Ich sage die Genossen möchten für die Bewegung etwas tun, sie wissen nur nicht, wie sie es anfangen sollen. Genossen, ich werde euch was sagen. Euch geht es nicht allein so, da sind in der Nähe eures Betriebes noch andere Betriebe, wo vielleicht auch nur ein Genosse steht, und dieser hat dieselben Bauchschmerzen.

Nun, lieber Genosse, ist dir schon einmal der Gedanke gekommen, dich mit deinem Leidensgefährten in Verbindung zu setzen? Wie wäre es dann, wenn du mit ihnen mal eine Zellenversammlung veranstalten würdest, wo du und deine Leidensgenossen jeder aus seinem Betriebe ein paar Sympathisierende mitbrächtest? Aber noch eins: Sage den Genossen und den Sympathisierenden, sie möchten ihre Frauen zu dieser Versammlung mitbringen! Jede dir auch ein paar erwerbslose Genossen aus deinem Wohnbezirk ein. Ich bin überzeugt, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Nun noch etwas: Laß bei dieser ersten Zusammenkunft alle organisatorischen Fragen aus dem Spiele, denn gerade die Sympathisierenden und die Frauen würde das Langweilende und sie würden nicht mehr kommen. Wenn du nicht selbst redigierst, genug bist, so suche dir einen Genossen, welcher die Gegenläufe der Wirtschaftskrisis eines kapitalistischen und eines proletarischen Staates auseinandersetzt, kurz gelagt: was wollen die Kommunisten? Wenn eine Woche zwei, drei Wochen hindurch jede Woche eine solche Zusammenkunft, in der ihr über das Wesen des Kommunismus sprecht, und da wirst du wie deine Leidensgenossen zu einer Zelle kommen, die auch abwesende Mitglieder hat. Noch eins: Ihr denkt gar nicht daran, die Frauen mitzubringen! Sagt nicht, sie gehören nur an den Kochtopf. Die Frauen sind neugierig und mißtrauisch, möchten aber auch gern aus dem sozialen Elend heraus. Sie wissen nur nicht wie. Darum macht sie in euren Zellenstunden zu Klassenkämpferinnen, vernachlässigt sie nicht, legt sie nie aus Eigendünkel zurück! Die Frau am Kochtopf fällt entweder den Waffen oder irgendwelchen anderen Klängegeiern in die Hände und wird dann, anstatt mit euch, gegen euch kämpfen. Und das werdet ihr doch nicht wollen. Nun die Erwerbslosen! Die müßt ihr verpflichten, euch von außen in eurer Arbeit zu unterstützen, die Flugblätter verteilen, Zeitungen vor dem Betrieb verkaufen usw. Es ergeben sich verschiedene Möglichkeiten. Also Genossen, ans Werk! Die Betriebszelle ist die Feste unserer Partei im Klassenkampf.

Verunsinnung der Abstraktion.

Es gibt kein Besseres in der Arbeiterbewegung, in der Erforschung und Anwendung des Marxismus, als dem Verunsinnungsbegriff gewidmet und alle Begriffe, Epochen und Autoritäten überflüssig zu machen. Über alle diese Dinge ist viel geschrieben worden. Auf eine sehr wertvolle jüngste Ausgabe der „Kritik der Abstraktion“ (Begriffsgemeinschaft) und der Diskussion (Begriffbestimmung) bleibt mich unberührt.

Wir wissen, daß es eine der größten Fähigkeiten Verunsinnung, alle Begriffe konkret zu machen und zu vergleichen und konkrete Maßnahmen zu verlangen und vorzuschlagen. Er sah die Dinge nicht wie unsere Schriftstellerscheitler und wie — sehr oft — selbst unsere besten Revolutionäre und Marxisten in der klaren Welt der Theorie, sondern in der Wirklichkeit, hier auf Erden. Er sah gleichsam die Gedanken, die Sympathien, die Feindschaften der einzelnen Klassen und Schichten in bestimmten Situationen und konnte deshalb hier die richtige Parole ausgeben und die richtige Aktion einleiten.

Die Kunst des Konkreten ist es, die des Abstrahierens, der Beschränkung auf das Besondere, und der Ausdehnung auf das Allgemeine, wiederzuerlangen einander. In Gegenwart, sie bedingen sich gegenseitig. Nur wer bei jeder Entscheidung das Besondere von Allgemeinen trennen kann, wird sowohl als Praktiker die konkreten Maßnahmen treffen, als auch Theoretiker die umfassenden, einheitlichen Definitionen des Begriffes geben.

Gerade wir einige Verunsinnung Definitionen heraus.
Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, dient zur Schaffung der „Ordnung“. Die diese Unterdrückung fertig und zum Ziel erreicht, sind die Zusammenhänge zwischen den Klassen bündig, oder:

„Die revolutionäre Situation“
und wir müssen verstehen, daß jede von ihnen in unangenehmer Form alle Kennzeichen des herrschenden Begriffes enthält, daß sie ein ganzes volkswirtschaftliches System enthält, daß sie mehr sagt als alle Bücher der Gegenwart. Die wichtigste ihres Innehaltens eine klare, eindeutige Definition zu geben, um der Sprache in Phrasenreden herumzuführen. Rechts wird selbst die besten Werke Karl Kautskys, Plechanows, Rosa Luxemburgs, irgendwo werden für bestmögliche eine ausgereifte, unveränderte, unantastbare Bestimmung des Begriffes „Imperialismus“ haben. Wir greifen ein anderes Beispiel heraus, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Eine einzige Definition über „Amerikaner“, wie sie Verunsinnung in dem

alle Ergebnisse der Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht“ in dem Sammelband „Gegen den Strom“ (Seite 390) gibt, und alle Begriffe von Rosa Luxemburg bis zu den Sozialdemokraten sind wahrhaftig geistig. Die Leninischen Definitionen, hies vor Beginn der Debatte gegeben, erschlagen den Feind sofort, bevor die Debatte beginnt. Sie lassen ihn wie eine alte Gänge und brechen ihn, bis er sich ergibt.

Diese Kunst der Definition gilt es zu lernen. Sie ist ungeheuer schwer, so leicht erlernbar wie auch scheitern mag. Es ist notwendig, ein gutes Buch über einen Begriff zu schreiben, legen wir über den „Imperialismus“, als in einem oder zwei Fällen die Kennzeichen des „Imperialismus“ zusammenzufassen.

Unterwegs ist der Versuch, einer Abhandlung über irgend eine Erscheinung eine Definition des strittigen Begriffes voranzusetzen. Er maglich. Er verhindert die Oberflächlichkeit, Vagheit, als Selbstbestimmtheit der Behandlung und zwingt uns, mit strenger Sachlichkeit und Gründlichkeit das Thema zu bearbeiten.

Denken wir allein an die mehrjährigen Debatten über die Arbeiterregierung und überlegen wir uns, wie viele Meinungsverschiedenheiten durch eine ausgereifte, richtige Definition des Begriffes beseitigt werden könnten! Aber zu einer ausgereiften Definition gehört die vollständige Kenntnis und Beherrschung des Begriffes (und Subjekts). Und hier liegt der Haie im Pfeffer. Andererseits wird der Versuch, jeden Begriff zu definieren, bevor wir in eine Debatte einsteigen, uns zwingen, die Probleme in aller Tiefe anzupacken, in ihrem allgemeinen Charakter sowohl, als auch in ihrer historischen Bestimmtheit. Wir werden lernen, eine theoretische Grundlage uns zu schaffen, von der aus wir uns in späteren konkreten Situationen zurechtfinden können.

Sie hatten recht, was wir erobert haben.

Es handelt sich nicht etwa um die Annexionen, die das kaiserlich-deutsche Deutschland im Weltkrieg machte und die die deutsche Sozialdemokratie unbedingt festhalten wollte. Hieran wurde sie bekanntlich nicht durch ihre Friedensliebe, sondern durch die Übermacht der Entente gehindert. Es handelt sich vielmehr um die 100 Reichstagsmandate, die die SPD im Mai dieses Jahres eroberte.

Genosse Donner sprach im Rückblick des Gewerkschaftsbüros mit einigen Exponenten der SPD. Die SPD ist „Machbar am ersten“, sagt ein SPD-Mann. „Aber“ an wem? Die SPD, warum bräutet ihr der Reichstagsmandate die Abkündigung über das Damesgutachten nicht zur Aufhebung? Ihr bräutet nur einige proletarische Bedenken für eure Zu-

stimmung zu den Damesgutachten zu stellen, wie Achtstundentag, höhere Löhne, Amnestie usw. Dann wäre es zur Auflösung des Reichstages gekommen und ihr hättet die SPD vernichtend schlagen und einige neue Reichstagsmandate erobern können.“ „Ne“, erwiderte der SPD-er, „so dumme sind wir nicht, wir hatten fest, was wir erobert haben“.

Heinrich Heine
oder
der gebildete Kriminal.

Vor einigen Wochen beging unser Genosse Nixdorf Hochverrat. Er zitierte staatsgefährliche Verse Heinrich Heines über den „algermanischen Plunder“ (die Fahne schwarz-rot-gold) Verse, die eine „Bestimmung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform“ und eine „Bedrohung“ unserer geistlichen Ebertrepublik sind. Wir wissen nicht, ob daraufhin die Breslauer Justiz und ihr ausführendes Organ, Herr Kleibömer, den vor ca. 60 Jahren geforderten Heinrich Heine oder unteren Genossen Nixdorf verhaften und befragen wollte. Jedenfalls kam ein Kriminalbeamter zu Nixdorf und fragte ihn, ob sich Heine mit i oder mit n schreibe.

Nix Heinrich Heine das vernahm, drehte er sich im Grabe um und kehrte unserer Republik, unehdlich wie er schon in seinen Lebzeiten war, die Hinterfront zu.

Das „gutbürgerliche“ Lokal.

Im Breslauer Gewerkschaftshaus sah vor einigen Tagen, etwas abseits, hinter einer Säule versteckt, unser Genosse Donner. Man merkte ihm an, daß er sich in diesen Räumen nicht recht wohl fühlte. Statt der alten Schoppen wurden vom nur Gräser vornehm den Gästen vorgelegt. Am Tisch daneben saßen die Herren der Breslauer Arbeiterbewegung, Kollege Wiersch und Frau, Janotta, Kiemert usw. Einer der Sekretäre fragte ihn, warum er so abseits läge. Ob er sich hier nicht wohlfühle. Genosse Donner erwiderte: „Ja, vor 10 Jahren, da fühlte ich mich hier wohl. Da mußte ich, es ist unser Lokal, da ging ich gern und oft hierher. Aber jetzt...“ Ein SPD-Gänger unterbrach ihn: „Aber Genosse Donner, ich verstehe dich nicht. Das ist doch ein gut bürgerliches Lokal!“ „Ja, wenn Du noch nie die Wahrheit gesagt hast, diesmal hast Du sie gesagt“, antwortete Donner. „Das Restaurant des Gewerkschaftshauses ist ein gut bürgerliches Lokal.“